

D GESCHICHTE UND LÄNDERKUNDE

DGAA Deutschland

SACHSEN

Landtag

1990 - 1994

- 17-4 **Beamte, Politiker und Journalisten** : Akteure und Erinnerung ; der Sächsische Landtag 1990 - 1994 / Caroline Förster. - Ostfildern : Thorbecke, 2017. - 312 S. : Ill., graph. Darst. ; 25 cm. - (Studien und Schriften zur Geschichte der sächsischen Landtage ; 1). - Zugl.: Dresden, TU, Diss., 2015. - ISBN 978-3-7995-8460-9 : EUR 49.00
[#5323]

Bereits seit 2012 finanziert der Sächsische Landtag ein Forschungsprojekt an der TU Dresden unter der Leitung von Josef Matzerath und Uwe Israel, das sich mit der Geschichte der Sächsischen Landtage vom Mittelalter bis zur Gegenwart auseinandersetzt. Mehrfach konnten bereits im Rahmen von Forschungskolloquien erste Ergebnisse vorgestellt werden,¹ und nunmehr liegt mit der Arbeit von Caroline Förster der erste Band der **Studien und Schriften zur Geschichte der Sächsischen Landtage** vor. - Für die nächsten Jahre sind innerhalb der Reihe weitere Arbeiten zu erwarten, deren Abschluß eine Gesamtdarstellung von Israel und Matzerath zur Geschichte der Sächsischen Landtage bilden soll.

Beim Blick auf den parlamentarischen Neubeginn 1990 - 1994 hat Förster für ihre Arbeit² einen doppelten Zugriff gewählt. Auf der einen Seite hat sie selbstverständlich schriftliches Quellenmaterial ausgewertet, auf der anderen Seite jedoch auch Persönlichkeiten aus Verwaltung, Politik und Journalismus zu Wort kommen lassen, die jeweils ihre berufsspezifische Perspektive auf die Jahre 1990 bis 1994 einfließen lassen.

Neben einem umfangreichen methodischen Aufriß setzt Förster folglich auch inhaltlich zwei Schwerpunkte. Der erste beruht im wesentlichen auf dem Quellenstudium und beinhaltet eine Schilderung des Umbruches 1989/90, sowie der wichtigsten Aktivitäten und organisatorischen Voraussetzungen des Landtags bzw. der Landtagsarbeit 1990 - 1994. Dabei kann die Autorin detailliert zeigen, welche Rolle „Gremien, wie die ‚Gruppe der 20‘, der Runde Tisch des Bezirkes Dresden und der Koordinierungsausschuss“ (S. 245) während des Transformationsprozesses und bei der Kon-

¹ Etwa:

http://www.landtag.sachsen.de/dokumente/landtagskurier/SLT_BR_Dialog_H_8_Geschichtskolleg.pdf [2017-12-09].

² Inhaltsverzeichnis: <https://d-nb.info/1073935671/04>

stituierung des Landes Sachsen übernahmen. Zugleich zeigt Förster, welche Kontinuitäten zwischen dem Handeln dieser Gruppen und der Arbeit des Landtages während dessen erster Periode bestanden.

Ausführlich schildert die Autorin die provisorischen Verhältnisse der Jahre 1990 - 1994. Die Abgeordneten tagten damals in sehr beengten Verhältnissen in der Dresdner Dreikönigskirche. Eine Ausstattung für Fraktionen oder Parlamentspräsidium und Parlamentsverwaltung war im Grunde genommen gar nicht vorhanden. Dies wird überaus anschaulich an Hand einiger Anekdoten erläutert. So verfügte die CDU-Fraktion bspw. über kein Telefax. Dieses mußte aus der Parteigeschäftsstelle mitgebracht werden. Bei den Sozialdemokraten mußten sich Fraktionsvorsitzender und Fraktionsgeschäftsführer ein Büro teilen; erhielt der Fraktionsvorsitzende Besuch, so mußte der Fraktionsgeschäftsführer seine Arbeit weiter im Stehen erledigen. Ähnliche Verhältnisse herrschten bei der Parlamentsverwaltung. Alle Stenographen diktierten ihre Mitschriften der Parlamentssitzungen den Sekretärinnen im gleichen Raum, die Schreibkräfte waren lediglich durch einen Vorhang voneinander abgetrennt. Dementsprechend schwierig war es, nicht das Diktat des Nebenmannes aufzunehmen.

Ein anderes Problem der ersten Nachwendejahre bestand darin, daß die Gebäude, in denen der Landtag nunmehr untergebracht war, aus DDR-Zeiten noch immer verwandt waren.

Die Landtagsverwaltung mußte buchstäblich im Akkord arbeiten, am Anfang standen nicht einmal 30 Kräfte zur Verfügung und erst im Laufe der Legislaturperiode wurde der Stellenkegel letztendlich auf 156 Angestellte erhöht. Welch enorme Arbeit auch seitens der Verwaltung geleistet werden mußte, wird nicht zuletzt daran deutlich, daß in der ersten Legislaturperiode 278 Gesetze in den Landtag eingebracht wurden, von denen 189 verabschiedet wurden.

Der Aufbau der Verwaltung wurde, wie Förster nachweisen kann, sehr stark durch westdeutsche Vorgaben geprägt. Vorbildhaft für das Organisationschema des Landtages wirkte einerseits die Organisationsstruktur des Landtages von Baden-Württemberg als westdeutsches Partnerland Sachsens. Daneben traten die Erfahrungen westdeutscher Leihbeamter aus ihrer bisherigen Tätigkeit im Bundestag oder auch anderen westdeutschen Landesparlamenten, die seitens dieser Verwaltungsexperten beim Aufbau der sächsischen Landtagsverwaltung mit eingebracht wurden. Blickt man auf die personelle Besetzung der Landtagsverwaltung, so kann Förster zeigen, daß sich die Spitzenränge (Landtagsdirektor, Abteilungs- und Referatsleiter) einerseits aus westdeutschen Juristen zusammensetzten, die vor allem in Rechts- und Finanzfragen wirkten, sowie andererseits aus ostdeutschen Reformkräften, die fast alle eine naturwissenschaftlich-technische Ausbildung hatten und in der Parlamentsverwaltung mit technisch-organisatorischen Aufgaben betraut waren.

Außerdem beleuchtet Förster das enorme Aufgabenpensum des Sächsischen Landtages in den ersten vier Nachwendejahren. Zu diesem Pensum gehörte noch vor der Verabschiedung der Verfassung, der Geschäftsordnung des Landtages und einem Abgeordnetengesetz im Jahr 1992 zu-

nächst die Schaffung eines Vorschaltgesetzes. Bei diesem handelt es sich um eine vorläufige Verfassung, die notwendig war, damit Landtag und Regierung ihre Arbeit überhaupt aufnehmen konnten. Auch kam es zur Verabschiedung eines Vorschalthaushaltes, der einem ersten verfassungsgemäß verabschiedeten Haushalt voranging.

Ein zentrales Thema der ersten Wahlperiode war die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der sich mit der potentiellen Stasi-Vergangenheit jedes einzelnen Abgeordneten befaßte. Gerade an der Arbeit dieses Ausschusses wird deutlich, wie schwierig sich die Vergangenheitsbewältigung für den ersten Sächsischen Landtag gestaltete. So sollte der Landtag über stasi-belastete Abgeordnete urteilen, noch bevor überhaupt alles Material greifbar war, noch bevor eine umfassende juristische oder historische Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit stattgefunden hatte. Dabei kam es freilich auch zu Mißgriffen; mancher wurde zu Unrecht verurteilt, andere wurden nicht belangt, weil man sich zu einseitig auf das Thema Stasibelastung konzentrierte. Gleichzeitig verlor man jedoch die Rolle hauptamtlicher SED-Funktionäre aus den Augen. Ebenfalls wurde nicht so genau nach der Rolle der Blockparteien bzw. deren Vertretern in der DDR gefragt.

Im zweiten Teil ihrer Studie läßt Förster nunmehr Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, Parlamentarier und Journalisten zu Wort kommen. Alle Befragten äußerten sich in den von der Autorin geführten Interviews zunächst zu ihrer persönlichen Biographie sowie anschließend zum Umbruch 1989/90 in ihrer Erinnerung und schließlich zur Politik des Landtages bzw. zum Handeln von Verwaltung und Journalisten in der ersten Landtagsperiode.

Jeder der Befragten stand dabei für eine idealtypische Sozialisation. So finden sich unter den Interviewten eine Mitarbeiterin des Landtages, die früher der SED angehört hatte und die (zumal ohne Einfluß auf personelle und inhaltliche Entscheidungen) vom Bezirksrat Dresden als Schreibkraft im Landtag übernommen wurde. Wie diese Dame identifizierten sich auch Andreas Graff, der Fraktionsgeschäftsführer der PDS/Linken Liste sowie Steffen Klameth, ein Redakteur der **Sächsischen Zeitung** mit dem SED-Regime, hatten in diesem exponierte Stellungen inne bzw. als Redakteur für dieses geschrieben. Der Referatsleiter des Plenardienstes im Sächsischen Landtag, Hans-Jürgen Magerstädt, der zeitweilige Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Grüne, im Landtag Klaus Gaber, Landtagspräsident Erich Iltgen sowie der Freie Journalist Michael Bartsch, stehen für reformorientierte Kräfte bzw. Kräfte der Bürgerrechtsbewegung in der DDR, für die die Wendezeit zum Ausgangspunkt eines neuen beruflichen, mit der Politik verbundenen Lebens wurde. Die westdeutsche Sichtweise repräsentieren in den Interviews Wolf-Hartmut Reckzeh, der zeitweilig als Landtagsdirektor wirkte, sowie der Journalist Stefan Rössel, der zum Jahresende 1990 zur **Dresdner Morgenpost** wechselte.

Alle Befragten teilen einen gemeinsamen Erinnerungshorizont. Zu diesem gehörten zunächst einmal die Überzeugung, daß es sich beim ersten Sächsischen Landtag und dessen Arbeit um eine außergewöhnliche, man möchte sagen, historische Situation gehandelt habe, an der sie auf unterschiedliche Art und Weise mitgewirkt haben. Diese außergewöhnliche Situation

fand ihren Ausdruck in den überaus beengten Verhältnissen in der Dresdner Dreikönigskirche. Die Dreikönigskirche stand dabei aber auch für einen ganz besonderen parlamentarischen Geist und einen besonders engen Informationsfluß. So herrschte bei den Befragten die Überzeugung vor, daß in der ersten Legislaturperiode noch viele Entscheidungsprozesse durchaus offener waren, parteipolitisches Konkurrenzdenken noch nicht derart stark ausgeprägt war. – Grade diese Überzeugung läßt sich nach Förster aus den schriftlichen Quellen nicht belegen. Vielmehr habe die CDU mit ihrer absoluten Mehrheit den Landtag durchaus dominiert, jedoch, so Förster weiter, hätten oppositionelle Abgeordnete häufiger auch einmal mit der Regierung gestimmt oder anders formuliert: Die Oppositionsfraktionen seien bei Abstimmungen immer wieder einmal auseinandergefallen. Förster wertet dies im Grunde als einen Lernprozeß, war doch die westdeutsche parlamentarische Tradition mit einem scharf abgegrenzten Gegeneinander von Regierungsmehrheit einerseits und Opposition andererseits bei den ostdeutschen Parlamentariern noch nicht eingespielt.

In der Erinnerung aller Befragten bildete auch das enge Miteinander von Journalisten und Abgeordneten ein häufig wiederkehrendes Motiv; gerade aufgrund der beengten Raumverhältnisse sei ein unmittelbarer Kontakt zustande gekommen und so habe es gleich am Eingang der Dreikönigskirche eine lohnende Informationsbörse gegeben. Zu den allgemein geteilten Überzeugungen der Befragten gehörte schließlich, den Umzug des Landtags in das neue Parlamentsgebäude am Elbufer als Einschnitt zu sehen. Mit diesem Umzug sei gleichsam parlamentarische Routine eingeleitet und die besondere Situation der ersten Jahre nach der Wende zum Abschluß gekommen.

Über diese allgemein geteilten Überzeugungen hinaus lassen sich die Befragten jedoch in Gruppen mit jeweils ganz spezifischen Erinnerungen aufteilen. Für alle aus Ostdeutschland stammenden Befragten fiel der politische Umbruch mit einem Einschnitt in der persönlichen Biographie zusammen. Bei den beiden westdeutschen Interviewpartnern bedeutete der Wechsel nach Dresden jedoch lediglich eine weitere berufliche Station.

Natürlich spielte zudem die Haltung zum SED-Regime bei den ostdeutschen Befragten eine wesentliche Rolle. Für die namentlich nicht genannte Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung bedeutete das Ende der DDR, mit der sie sich persönlich identifizierte, den Zusammenbruch ihrer bisherigen Welt. Zwar hatte auch sie die Schattenseiten des DDR-Regimes gesehen, besonders, weil ihre Tochter in der Diktion des SED-Regimes „republikflüchtig“, und sie aufgrund dessen degradiert worden war. Gleichwohl reichte ihre Identifikation mit der DDR so weit, daß sie nicht so recht mit dem Herz, wie sie sich selbst gegenüber Förster ausdrückte, in der neuen Landtagsverwaltung tätig war. Wie bei der Landtagsmitarbeiterin, spielte auch bei Andreas Graff, dem Fraktionsgeschäftsführer der PDS, und bei Steffen Klameth, dem Redakteur der (vormals SED-nahen) **Sächsischen Zeitung**, die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit eine wesentliche Rolle. Beide berichten darüber, wie sowohl die Abgeordneten der PDS als auch Mitarbeiter der **Sächsischen Zeitung** von den Parlamentariern der anderen

Fraktionen gemieden wurden. Beide schildern jedoch auch, wie sich ihre Fraktion bzw. ihr Organ darum bemühten, selbst Kriterien zu entwickeln, um belastete Abgeordnete oder Mitarbeiter auszuschließen. Bemerkenswert ist bei Graff wie auch bei Klameth das Verhältnis zu westdeutschen Sozialisationsagenten, die sie mit den neuen Verhältnissen vertraut machten. So räumt Graff durchaus ein, im Hinblick auf die Organisation der Fraktion viel von einem Mitarbeiter der baden-württembergischen CDU-Fraktion gelernt zu haben, der sich bereitgefunden hatte, fraktionsübergreifend sein Wissen zu vermitteln. Ähnlich berichtet Klameth von der Konkurrenz westdeutscher Journalisten, die er nicht besonders schätzte, von denen er gleichwohl Anregungen erhalten habe, die sein eigenes journalistisches Schaffen beeinflusst hatten. Förster weist bei beiden Personen darauf hin, daß hier offensichtlich das Bedürfnis nach einer Autorität vorhanden war, an der man sich orientieren konnte.

Bemerkenswert für die vormals der SED nahestehenden Interviewten ist zudem eine Unterscheidung der namentlich nicht genannten Landtagsmitarbeiterin. Diese differenziert bei ihrer Sicht auf die Jahre nach 1990 zwischen „überzeugten DDR-Bürgern“ (S. 146), wie sie selbst, auf der einen Seite sowie Westdeutschen und ehemaligen Kritikern des DDR-Regimes auf der anderen Seite.

Zu diesen gehörte schließlich Hans-Jürgen Magerstädt, der Leiter des Referats Plenardienste im Sächsischen Landtag. In seinen Erinnerungen haben sich vor allem zwei Bezugspunkte niedergeschlagen: Zum einen der Gegensatz zwischen westdeutschen Juristen auf der einen Seite und ostdeutschen Akteuren andererseits, die gemeinsam den Aufbau der Landtagsverwaltung geprägt haben. Wenngleich Magerstädt die Notwendigkeit der Kenntnisse westdeutscher Juristen für das Handeln von Landtag und Verwaltung keineswegs verneint, so ist doch seine Sicht auf die westdeutschen Juristen in vielerlei Hinsicht kritisch. Er attestiert diesen ein regelrechtes „Verhinderungsdenken“ (Zit. S. 163): Wenn ein Problem angestanden habe, dann hätten die westdeutschen Juristen erst einmal überlegt, ob sie überhaupt zuständig seien und hätten im folgenden sehr viele schnörkelhafte weitere Überlegungen angestellt. Die Geisteshaltung der westdeutschen Juristen kontrastierte Magerstädt wiederum mit dem Handeln ostdeutscher Ingenieure, die, wie erwähnt, in der Landtagsverwaltung stark präsent waren. Diese hätten zupackend gehandelt und viele Probleme, die nicht zuletzt Ergebnis der vierzigjährigen Mangelwirtschaft waren, kompetent und schnell gelöst. Der von Magerstädt konstatierte Gegensatz zwischen westdeutschen Juristen und ostdeutschen Ingenieuren findet sich auch in der Erzählung von Landtagspräsident Erich Iltgen. Dieser berichtet davon, daß auch im Landtag viele Abgeordnete mit einer naturwissenschaftlich-technischen Ausbildung saßen, die Gesetze ganz anders formulierten, als dies rechtlichen Vorgaben entsprach und er, Iltgen, habe die Erfahrung machen müssen, daß das Verfassungsgericht doch einige Gesetze als nicht verfassungskonform an den Landtag zurückgegeben habe, ja diesem förmlich um die Ohren gehauen habe. Die jeweils unterschiedliche Herangehensweise westdeutscher Juristen und ostdeutscher Ingenieure bestätigte schließlich

aus westdeutscher Perspektive der Abteilungsleiter und zeitweilige Landtagsdirektor Hartmut Reckzeh.

Förster weist darauf hin, daß sich in dem Gegensatz ostdeutscher Praktiker versus westdeutscher „Verhinderer“ durchaus ein gewisser Komplex der ostdeutschen Seite widerspiegeln. Man habe sich den Westdeutschen mit ihren Kenntnissen unterlegen gefühlt, habe aber andererseits – gerade das wird aus Magerstädt's Berichten deutlich – Wert darauf gelegt, selbst Problemlösungskompetenzen einzubringen.

Zweitens spiegelt sich in der Erzählung Magerstädt's eine gewisse Enttäuschung darüber, daß reformorientierte Kräfte aus der Bürgerrechtsbewegung der DDR doch recht wenig zum Zug gekommen waren, vor allem dann, wenn sie sich nicht einer der großen westdeutschen Parteien, in Sachsen in erster Linie der CDU, angeschlossen hatten. So berichtet Magerstädt darüber, daß er im Januar 1990 als Mitglied der Bürgerrechtsbewegung in Dresden von Lothar Späth nach Stuttgart in den Landtag eingeladen wurde. Darüber hinaus lernte die sächsische Delegation gleichsam in einer Art Crashkurs das gesamte politische und Verwaltungshandeln Baden-Württembergs kennen. Während Magerstädt allerdings in der Folgezeit als Kandidat der Gruppe der 20 schon bei den Kommunalwahlen in Dresden durchfiel, waren es im Gegenzug vor allem die Mitglieder der Besuchsdelegation vom Januar 1990 in Stuttgart, die sehr früh machtpolitische Instinkte entwickelten und sich der CDU als kommender Kraft in Sachsen anschlossen, die in der Folgezeit Karriere machten. Stefan Heitmann, so Magerstädt, habe bereits damals den Wunsch artikuliert, Justizminister des Freistaates Sachsen zu werden. In gleicher Weise wie Magerstädt klagt auch der zeitweilige Vorsitzende von Bündnis 90/Grüne im Landtag, Klaus Gaber, wie wenig Einfluß Reformkräfte, die zudem wie er, sehr stark sachorientiert waren (Gaber engagierte sich vor allem in der Umweltpolitik) Einfluß auf die weitere Entwicklung hatten. Vielmehr, so Gaber, war es das westdeutsche Parteiensystem, das auch in Sachsen übernommen wurde. Dieselbe Erfahrung wie Gaber und Magerstädt mußte schließlich auch der Journalist Michael Bartsch machen. Zwar stand dieser in Opposition zum DDR-Regime, war aber auch vom politischen und gesellschaftlichen System Westdeutschlands nicht restlos überzeugt. Dementsprechend sah sich Bartsch in seiner Hoffnung getrogen, in den neuen Ländern könne sich ein Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus etablieren. Auch in der Presselandschaft mußte er letztlich konstatieren, daß hier die künftige Entwicklung durch westdeutsche Verlage und deren Selbstverständnis vorgegeben wurde.

So war, zumal für viele engagierte DDR-Bürgerrechtler, die Entwicklung nach 1990 in mancher Hinsicht eine Desillusionierung. In jedem Fall wird aus den Ausführungen Försters klar, wie sehr im Osten nach einer vierzigjährigen Diktatur ein demokratischer Entscheidungsprozeß überhaupt erst eingeübt werden mußte. Exemplarisch kann hier nochmals auf die Ausführungen der Landtagsmitarbeiterin zurückgegriffen werden, die sich darüber wunderte, welche politische Farbenlehre es mit Roten, Schwarzen und Grünen im Westen gab. Gänzlich unverständlich war der Dame schließlich das

Vorhandensein eines Wettbewerbs konkurrierender politischer Meinungen. Sie habe nach 1990 nie so recht verstanden, wer denn nun Recht habe, das sei früher, als es nur eine Meinung gegeben habe, doch alles einfacher und übersichtlicher gewesen.

Förster legt eine umfassende Arbeit zum politischen Transformationsprozeß in Sachsen während der Jahre 1990 - 1994 vor. Die Studie hat dabei keineswegs nur den Landtag im Blick, vielmehr zeigt sie angesichts der völlig unterschiedlichen Sozialisation der Interviewten auf, welche tiefgreifende politische, soziale und mentale Veränderungen der Zusammenbruch der DDR und anschließend der Aufbau einer Demokratie nach westdeutschem Muster in den neuen Ländern zur Folge hatte.

Michael Kitzing

QUELLE

Informationsmittel (IFB) : digitales Rezensionsorgan für Bibliothek und Wissenschaft

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/>

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=8686>